



Köln kapituliert vor dem Finanz-Kapital

Stadtrat nickt unterwürfig den Weg ins Elend ab

Nun ist es beschlossene Sache: der Stadtrat hat den Weg des sozialen Desasters beschritten. Die Stadt Köln konzentriert ihre Haushalts- Kürzungen 2013/14 auf die Bereiche Soziales, Jugend und Bildung. Die Kürzung trifft Schulen, Jugendeinrichtungen, Senioren- und Arbeitslosen-Betreuung, kulturelle Integration, Unterkunft für Hartz IV-Empfänger.

Die Ratsvertreter verzichteten zwar auf Streichung von Einschulungshilfen, „Mittagspause Plus“ und Übermittag-Betreuung.

Dieser kleine Teppichhandel kann jedoch nicht über das Grundsätzliche hinwegtäuschen: Die Kölner Politik wird in den nächsten Jahren die soziale Kluft zwischen Arm und Reich in der jetzt schon sichtbar verlotterten Stadt extrem verschärfen. Stadtteile wie Mülheim und Kalk werden der gnadenlosen Anarchie des Kapitalismus preisgegeben.

Auf der anderen Seite unterstützt der Stadtrat seit Jahren Profit-Interessen bei überteuerten Prestigeprojekten (Köln Arena, Technisches Rathaus, Messe). Oder steckt Millionen in den Sand beim skurrilen Bau der Nord-Süd U-Bahn.

Der Skandal: Kein Ratsherr fragt nach den Ursachen dafür, dass die reiche Stadt Köln heute fast pleite ist. Manche wettern gegen die hohen „Sozialkosten“, aber die Gründe dafür, die Massen-Arbeitslosigkeit und das menschenfeindliche Wirtschafts-System, werden nicht erwähnt. Die Politiker

unterwerfen sich kritiklos der Spirale des Wahnsinns.

Wir kapitulieren nicht!

Die DKP ruft gemeinsam mit attac, occupy und anderen Bewegungen zum Widerstand gegen die falsche Politik auf. Was in Köln passiert, ist nur die Spitze eines Eisbergs. Weltweit müssen wir gegen die Herrschaft des globalen Finanz-Kapitals kämpfen! Auf städtischer Ebene ist der Protest ebenso notwendig: machen wir Druck auf die Kölner Politiker!

Höchste Zeit für ein neues Wirtschafts-System!

In ganz Europa werden die sozialen Errungenschaften zerschlagen, die sich die Arbeiterbewegung in 130 Jahren erkämpft hat. Wenn die großen Parteien behaupten, die arbeitende Bevölkerung müsse Opfer bringen, um das Wirtschaftssystem zu erhalten, dann sagen sie damit nur, dass dieses System falsch ist.

Soziale Errungenschaften und Arbeitsplätze können nur auf der Grundlage einer politischen Perspektive verteidigt werden, die die Bedürfnisse der Bevölkerung höher stellt als die Profitinteressen der Wirtschaft, das heißt auf der Grundlage einer sozialistischen Perspektive.

DKP in Mülheim - Wir über uns

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Das Arbeiterviertel Mülheim war früher eine Hochburg der kommunistischen Bewegung, die den Nazis Widerstand leistete.

Heute wollen wir auch hier wieder stärker werden. Wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter, denn gegen die Zumutungen des entfesselten Kapitalismus können wir uns nur gemeinsam wehren.

Wir treffen uns regelmäßig - Gäste und Interessierte sind willkommen! Bitte aktuelle Termine per E-Mail an mulheim@dkp-koeln.de erfragen.

Hrsg: DKP Köln-Mülheim, c/o Wolfgang Bergmann (V.i.S.d.P), Wallstr. 31, 51063 Köln

Der vertuschte Anschlag in der Müllemer Keupstraße

Werden Nazi-Terroristen gedeckt?

Eine Überwachungskamera zeichnet am 9. Juni 2004 Bilder auf. Gegen 14.30 Uhr schiebt ein etwa 25 bis 30 Jahre alter Mann mit Baseballkappe zwei Mountainbikes durch die Schanzenstraße, die auf die Keupstraße stößt. Kurz darauf kommt er ohne Räder zurück. Um 15.10 Uhr taucht er wieder auf – gefolgt von einem weiteren gleichaltrigen Mann, der ein Damenfahrrad schiebt. Auf dem Gepäckträger ist ein Hartschalenkoffer befestigt. Abgestellt wird das Damenrad vor einem Friseursalon in der Keupstraße.

Um 15.56 Uhr explodiert hier die Bombe, eine Gasflasche mit 5,5 Kilo Schwarzpulver und 800 zehn Zentimeter langen Nägeln. 22 Menschen werden verletzt, vier davon schwer. Etwa zwei Stunden später berichtet dpa. Schon der zweite Satz behauptet: Es gebe „derzeit keine Anzeichen für einen terroristischen Hintergrund“. Das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt lässt türkische und kurdische Anwohner der Keupstraße systematisch ausforschen. Das LKA setzt „auf Bitten der Kölner Polizei“ zwischen Juni 2005 und Februar 2007 zwei verdeckte Ermittler und fünf Vertrauenspersonen ein und lässt über eine Scheinfirma Räume in der Keupstraße anmieten, um ein Vertrauensverhältnis zu den Anwohnern aufzubauen. (Kölnische Rundschau 23.11.12) Die Polizei hört in der Keupstraße Telefone ab, sucht unter den Opfern Verdächtige.

Ohne Ergebnis selbstverständlich.

Am 25. November 2012 berichtet WESTPOL (WDR-Fernsehen) über vertrauliche Protokolle aus dem Lagezentrum des Innenministeriums vom Tag des Anschlags. Jetzt erst hält der WDR für erstaunlich, dass bereits anderthalb Stunden nach der Explosion ein terroristischer

Anschlag ausgeschlossen worden ist. Wenige Wochen nach dem Anschlag gab es Hinweise auf einen ausländerfeindlichen Hintergrund. Auch sie fallen erst jetzt auf. Profiler des Landeskriminalamtes hatten analysiert, dass die Täter wahrscheinlich Deutsche sind, „mit einer Abneigung gegen Ausländer“.

Der Verfassungsschutz übermittelte vier Wochen nach der Tat den Sicherheitsbehörden in NRW ein Papier, in dem von der rechtsextremistischen Motivation der Attentäter die Rede ist. Der Geheimdienst erkennt Parallelen zu einer Londoner Serie von rassistischen und schwulenfeindlichen Nagelbombenanschlägen aus dem Jahre 1999. Ein Faschist hatte drei Menschen getötet und mehr als 140 verletzt. Das Papier bleibt geheim.

„Der Sprengstoffanschlag in der Keupstraße war das Delikt in der Verbrechenserie der NSU, wo es die meisten Chancen gegeben hätte, das Trio zu ermitteln und dann vielleicht auch ausfindig zu machen, weil es eben das Dossier gab“, berichtet Clemens Binninger (CDU), Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses, im WDR. „Es gab ein Video der Täter und es gab eine Sprengstoffdatei beim Bundeskriminalamt, die abgefragt wurde von den Ermittlern, aber eben nur hinsichtlich der Zusammensetzung des Sprengstoffes und der Sprengvorrichtung. Hätte man dort die Begriffe eingegeben in dieser Datei: männlich, rechtsradikal, Koffer - alles Merkmale, die in Köln ja offensichtlich vorlagen - wäre als Treffer herausgekommen: Mundlos und Bönnhardt“.

Noch im November 2012 bestritt Innenminister Ralf Jäger (SPD) unverdrossen eine politische Einflussnahme durch den damaligen Innenminister Fritz Behrens (SPD) im Zusammenhang mit den

Ermittlungen zum Nagelbombenanschlag in der Keupstraße. Davon könne „nicht ausgegangen werden“, sagt Jäger. Er räumt aber „Fehler, Pannen und Defizite der Sicherheitsbehörden“ ein. Na klar, beim Vertuschen.

Man kommt dabei nicht um die Frage herum ob der damaligen NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) und der Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) dies absichtlich vertuscht haben, nach dem Motto: „es kann nicht sein was nicht sein darf“, oder dies aus Unwissenheit passiert ist.



Fotos von den Nazi-Killern aus der Überwachungskamera

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ Che würde
UZ lesen!



Jetzt
**4 Wochen
kostenlos
probelesen**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung
„Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos.
Das Probeabo endet automatisch.

Name _____
Vorname _____
Straße / Haus-Nr. _____
PLZ / Ort _____
Telefon _____
E-Mail-Adresse _____

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich.
Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de